Ergebnisprotokoll

der öffentlichen Sitzung des Technischen Ausschusses
vom 28.09.2026

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 19:19 Uhr

TOP 1: Bekanntgaben

TOP 1.1: Bushaltestelle Aichschieß - Barrierefreier Ausbau

Bauamtsleiter Voorwold informiert den Technischen Ausschuss über die bevorstehenden Arbeiten bzgl. des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen am Kreisverkehr in Aichschieß. Die Maßnahme werde kommenden Montag beginnen, er rechne mit einer Bauzeit von drei Wochen. Im Anschluss – pünktlich zu Beginn der Herbstferien - erfolgen die Straßenbauarbeiten durch den Landkreis. Die Buswartehäuschen würden entfernt und durch die bereits bekannten eigenproduzierten Häuschen ersetzt. Das Material hierfür sei bereits bestellt, dennoch sei mit einer Fertigstellung pünktlich zum Abschluss der Maßnahmen nicht zu rechnen, erklärt Herr Voorwold auf Nachfrage.

GR Dorn möchte außerdem wissen, ob die Maßnahme des Landkreises innerhalb der einen Woche Herbstferien abgeschlossen sein wird. Herr Voorwold erklärt, dies sei das Ziel. Sollte jedoch die Beschaffenheit des Untergrunds anders sein als erwartet, könne sich die Bauzeit ggf. etwas verlängern.

GR Knapp und GR`in Binder erkundigen sich nach den geplanten Umleitungs- und Ampelregelungen. Herr Voorwold informiert, sowohl die Ampel als auch beide Haltestellen würden in Richtung Schanbach verlegt. Die Umleitung für den Fußgängerverkehr erfolge über die Straße „Im Holderbett“ bzw. die „Weinstraße“ und den „Tulpenweg“. Während der Bauarbeiten an den Bushaltestellen könne der PKW-Verkehr durch die Baustelle erfolgen, für den Zeitraum der Straßensanierung werde der Verkehr vollständig über die Straße „Im Holderbett“ umgeleitet.

Auf Nachfrage von GR Dorn bestätigt der Bauamtsleiter, man habe die Gewerbetreibenden – insbesondere die Tankstelle – im Blick und sei mit dem Betreiber im Austausch.

Ebenfalls informiert Herr Voorwold, dass an der Haltestelle Richtung Esslingen Fahrradbügel vorgesehen seien. GR Baumann erkundigt sich, ob dies notwendig sei. Bauamtsleiter Voorwold erklärt, die Bügel in Schanbach seien stark frequentiert, daher mache es durchaus Sinn, diese auch an diesen starkfrequentierten Haltestellen vorzusehen.

TOP 2: Zustimmung zum Protokoll der Sitzung vom 27.07.2026

Dieser Punkt wird auf die kommende Sitzung des TA verschoben, da das Protokoll im System nicht abrufbar war.

TOP 3: Bausache: Anbau an ein bestehendes Wohnhaus, Erhöhung der Gaube und Errichtung eines Carports auf dem Flurstück 165, Pfarrstraße 16 Vorlage: 2026/51 TA

Der Technische Ausschuss erteilt für das o. g. Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen gem. §§ 31, 36 BauGB.

TOP 4: Verschiedenes

TOP 4.1: Einladung eines Vertreters der Unteren Baurechtsbehörde

GR`in Munk erkundigt sich, ob zeitnah ein/e Vertreter/in der Unteren Baurechtsbehörde in den Technischen Ausschuss eingeladen werden könne. Ziel sei eine Art „Crash-Kurs“, um den Mitgliedern die Grundlagen der Entscheidungsfindung – insbesondere zum Thema „gemeindliches Einvernehmen“ zu erläutern.

Bauamtsleiter Voorwold erklärt, es habe bereits ein Gespräch mit dem Landratsamt stattgefunden, bei dem Bürgermeister Jarolim, Hauptamtsleiter Felchle und er teilgenommen hätten. Speziell zu dem Bereich „gemeindliches Einvernehmen“ gebe es eine sehr gute Darstellung, in welcher u.a. dieses Thema sehr gut aufbereitet sei. Diese könne in einer der kommenden Sitzungen gerne präsentiert werden. Sollte es anschließend noch Fragen geben, könne man die nochmals über eine entsprechende Einladung nachdenken.

Herr Voorwold informiert weiterhin, beim gemeinsamen Gespräch sei seitens der Unteren Baurechtsbehörde deutlich kommuniziert worden, dass diese jeden Fall präzise prüfe und sich die Entscheidung über das Ersetzen des Einvernehmens „nicht einfach mache“. Er schlägt vor, ein paar Altfälle herauszusuchen und im Gremium nochmals gemeinsam die Gründe des Ersetzens zu erläutern. Seiner Einschätzung nach werde dann einiges klarer und verständlicher. Ferner habe das Landratsamt mitgeteilt, dass das Ersetzten des Gemeindlichen Einvernehmens in Aichwald nicht häufiger geschehe als in anderen Kommunen.

GR Dorn schlägt vor, hier auch die Vertreter zu informieren, da im Vertretungsfall jeder Bescheid wissen müsse. Herr Voorwold erklärt, das sei kein Problem – die Informationen seien jedoch auch als Vortrag zur Weiterleitung geeignet.